bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: SPD LAND BREMEN / KARSTEN KLAMA

Der außerordentliche Landesparteitag am Samstag, 26. Oktober 2019 stand unter dem Motto „FÜR DIE NEUE ZEIT“: Es wurde intensiv gearbeitet und diskutiert im Plenum und in sechs Arbeitsgruppen. Wie schaffen wir es, inhaltlich und organisatorisch unsere Partei wieder stärker in Bremen und Bremerhaven zu verankern, war die zentrale Frage. Alle Ergebnisse, Beschlüsse und Überweisungen findest Du in Kürze im Mitgliederbereich unserer Homepage www.spd-land-bremen.de unter dem Punkt Landesparteitage.

KLARA & OLAF ODER SASKIA & NORBERT – STICHWAHL BEI #UNSERE SPD

Von Sascha Karolin Aulepp, Vorsitzende SPD Land Bremen

Um es Eingangs zuzugeben: Ja, ich fand den bisherigen Prozess der Wahl unserer neuen Vorsitzenden auch anstrengend. Viele mir zunächst unbekannte Namen, 23 Regionalkonferenzen innerhalb von nur sechs Wochen, und dann noch schräge Kommentare vom Spielfeldrand. Aber Demokratie ist mitunter anstrengend. Unsere Partei hat dabei gezeigt, dass sie lebendig ist, dass wir solidarisch streiten können. Hut ab vor allen Kandidierenden für den Kraftakt, den sie für die SPD geleistet haben. Und ein ganz herzliches Dankeschön an alle Mitglieder, die unsere Konferenz in Bremen – die einzige übrigens, die in einem Bürgerhaus stattgefunden hat! – zu einem spannenden Diskussionsort gemacht haben!

Ich freue mich, dass sich in der Stichwahl mit Olaf & Klara und Norbert & Saskia nun zwei Teams auf Augenhöhe begegnen, die alle vier unsere sozialdemokratischen Werte im Herzen haben, aber dabei doch erkennbar unterschiedlich sind – als politische Persönlichkeiten und bei der Vorstellung darüber, wie die SPD in Zukunft auftreten soll. Keineswegs selbstverständlich: war doch angesichts der vielen sich eher links einordnenden Teams zu befürchten, dass es am Ende kein Kandidierendenduo der Parteilinken in die Stichwahl schaffen würde.

Ich hoffe, dass sich nun noch mehr Mitglieder an der Abstimmung beteiligen und dem Bundesparteitag im Dezember mit einer klaren Entscheidung eine solides Fundament für die Vorsitzendenwahl geben. Alle Genossinnen und Genossen stehen vor einer spannenden Richtungsentscheidung. Es geht um mehr als nur darum, einfach Personen auszutauschen. Aber natürlich hängt nicht das Schicksal der SPD an der kommenden Abstimmung. Das entscheidet sich auf allen Ebenen, in den Ortvereinen, den Arbeitsgemeinschaften, den Bezirken und Landesverbänden, den Parlamentsfraktionen und durch sozialdemokratisches Regierungshandeln.

Mit der neuen Bundesspitze zusammen wollen wir der SPD ein klares Profil geben. Die Menschen erwarten von uns zu Recht klare Antworten und Visionen, dafür muss die SPD eigenständig erkennbar sein und deutlich Position beziehen – auch in Unterscheidung zu anderen Parteien.

Wie wollen wir wichtige Investitionen in Infrastruktur und unser Gemeinwesen finanzieren? Wie verteilen wir in einem der reichsten Länder Europas Wohlstand gerecht? Wie behandeln wir Ungleiches auch ungleich, um soziale Ungleichheit zu beenden? Wie sieht unser Entwurf einer sozial gestalteten ökologischen Wende aus, die alle miteinbezieht und Lasten gerecht verteilt?

All das sind Fragen, auf die wir als SPD nur gemeinsam Antworten finden können. Ich bin mir sicher: das wird uns gelingen, wenn wir eng beieinander bleiben und konstruktiv daran arbeiten – sowohl jetzt als auch nach dem Bundesparteitag gemeinsam mit der neuen Parteispitze. ■

DIE NEUE AN BORD:

Claudia Schilling, Senatorin für Wissenschaft und Häfen und Justiz

Der Kurs ist gesteckt, die Richtung festgelegt – jetzt geht es darum in der neuen Koalition konkret für Bremen und Bremerhaven zu arbeiten. Genau das will Claudia Schilling als neue Senatorin für Wissenschaft und Häfen sowie Justiz und Verfassung tun. „Das Amt ist für mich eine echte Herzensangelegenheit. Auch, weil in der Zusammenstellung der Politikfelder, für die ich zuständig bin, eine echte Chance liegt. Mir geht es darum, die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Häfen sowie Justiz zu stärken – so wie es heute beispielsweise bereits in der Hafenlogistik oder bei der Setzung des Rechtsrahmens bei der Digitalisierung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung für Verbraucher und Bürger Alltag ist“, sagt Claudia Schilling.

Auch persönlich passt der Zusammenschnitt der Ressorts auf „die Neue“: „Ich war lange Anwältin, anschließend Richterin und danach Gerichtsdirektorin – ich kann aus dieser Erfahrung sagen: Ich weiß, vor welchen Herausforderungen wir im Justizbereich stehen und ich weiß, wie wichtig es ist unseren Rechtsstaat zu verteidigen. Darüber hinaus habe ich als Bremerhavener Sozialdemokratin, sozusagen von Haus aus, Hafenwasser im Blut und bin mir der Bedeutung unserer Wasserkante für Bremerhaven, Bremen und die Menschen, die hier leben, bewusst. Auch im Bereich Wissenschaft kann ich aufgrund meiner Lehrtätigkeit an unterschiedlichen Hochschulen auf viele Erfahrungen bauen. Kurzum: Wissenschaft, Häfen, Justiz und Verfassung – das sind für mich wichtige Säulen unseres Bundeslandes, für die ich mich politisch stark machen will!“

FOTO: WOLFHARD SCHEER

Dass sie dies tatsächlich als Senatorin tun kann, war dabei keineswegs von langer Hand geplant. „Ich bin 2004 in die SPD eingetreten, einfach, weil mir sozialdemokratische Werte am Herzen liegen und ich der festen Überzeugung bin, dass diese Werte in unserer Gesellschaft mehr denn je gebraucht werden. Aber beruflich standen damals bei mir alle Zeichen für eine Fortsetzung meiner juristischen Laufbahn“, sagt Schilling.

Es kam, wie oft im Leben, anders: Zuerst engagierte sich Schilling im Bremerhavener SPD-Ortsverein Lehe-Nord, später als Stadträtin für die Bereiche Jugend, Familie und Frauen, Soziales und kommunale Arbeitsmarktpolitik. Und dann kam im Sommer die Frage, ob sie sich den Schritt in die Landespolitik vorstellen könne. Schilling konnte: „Politik auf Landesebene mitgestalten zu können – und dann noch Verantwortung für diese spannenden Themenfelder zu übernehmen – beides fand und finde ich absolut reizvoll. Ich habe daher nicht lang überlegt, sondern gedacht: Ja, das passt sowohl zu dem, was ich als Sozialdemokratin umsetzen will, als auch zu meiner persönlichen Vita.“

Seitdem steuert das neue Senatsmitglied nun mit vollem Terminkalender durch die Arbeitswoche. Um sich zunächst einen umfassenden Überblick zu verschaffen, stehen in diesen Wochen zahlreiche Antrittsbesuche auf dem Programm – sowohl in den Häfen, als auch im Wissenschafts- und Justizbereich. „Jeder fünfte Arbeitsplatz im Land Bremen hängt von den Häfen ab, jeder siebte von der Wissenschaft. Das ist ein Faustpfand in unserem Bundesland. Auf der anderen Seite sind es der Rechtsstaat und die Justiz, die uns allen ein Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit erst ermöglicht. Ich bin der festen Überzeugung: In all diesen Politikfeldern ist eine klare sozialdemokratische Handschrift unverzichtbar“, sagt Schilling.

Konkret heißt das für sie: „Gerade angesichts des erstarkenden Rechtspopulismus, ist es wichtig in unserem Rechtsstaat zu investieren, gerade durch den Strukturwandel brauchen wir eine weitere Stärkung unserer schon bislang erfolgreichen Wissenschaftslandschaft und gerade in den wechselhaften Zeiten der Globalisierung müssen wir unsere Häfen weiter voranbringen und für den Erhalt und Ausbau der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze kämpfen. Die Wasserkante ist und bleibt einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren für unser Land!“

Und auch privat liebt Schilling übrigens die Weite und das Wasser: „Als Bremerhavenerin genieße ich es, am Wochenende auf dem Deich spazieren zu gehen, die vorbeifahrenden Schiffe und in der Ferne das Containerterminal zu beobachten. Da wird einem die Wichtigkeit der bremischen Häfen noch einmal eindrucksvoll vor Augen geführt.“ Willkommen an Bord, Claudia ... ■

ZUR PERSON:

FOTO: DIE SEN. FÜR WISSENSCHAFT UND HÄFEN

Claudia Schilling wurde am 13. Juni 1968 in Wolfsburg geboren. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Universität in Göttingen, war wissenschaftliche Assistentin an der Universität Halle, wo sie auch promovierte. Anschließend arbeitete Schilling als Rechtsanwältin für Wirtschaftsrecht, ehe sie 1999 Richterin am Amtsgericht Bremerhaven wurde. Weitere Stationen waren das Oberlandesgericht Bremen sowie das Landgericht Bremen. 2012 wechselte Schilling an das Amtsgericht Geestland, welches sie fünf Jahre lang leitete. Bevor sie am 15. August 2019 zur Senatorin gewählt wurde, arbeitete die Juristin von April 2017 bis Juli 2019 als Bremerhavener Stadträtin für die Dezernate für Jugend, Familie und Frauen, Soziales und kommunale Arbeitsmarktpolitik. Neben ihrer Haupttätigkeit verfolgte Schilling Lehrtätigkeiten an unterschiedlichen Hochschulen.

3 FRAGEN, 5 ANTWORTEN

Was sind die dringendsten Ziele ...

... in den Häfen: „Wir müssen unsere Häfen in der Leistungsfähigkeit 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr, am Laufen halten, und zusätzlich durch Investitionsprojekte, wie beispielsweise durch den Neubau der Columbuskaje und der Nordmole an der Geestemündung, aber auch durch die Schaffung zusätzlicher Hafeneisenbahn-Kapazitäten, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken. Zudem wollen wir für den Neustädter Hafen in Bremen und das Kreuzfahrtterminal in Bremerhaven neue Entwicklungsperspektiven schaffen.“

... in der Wissenschaft: „Im Wissenschaftsbereich wollen und müssen wir weiter in das System investieren, da die Herausforderungen und der nationale und internationale Wettbewerbsdruck stark gestiegen sind. Das ist im Wissenschaftsplan 2025 auch so beschrieben. Zentrale Punkte sind der Hochschulausbau auf Bundesniveau, die Digitalisierung der Hochschulen, die Unterstützung der Universität Bremen im Hinblick auf den Exzellenzstatus und die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe. Insbesondere wollen wir den Wissenschaftstransfer – verstanden in einem weiten Sinne – stärken. Im Bereich des Transfers wird die zurzeit entwickelte KI-Strategie eine große Rolle spielen.“

... in der Justiz: „Wir brauchen einen starken, effizienten Rechtsstaat. Hierauf hat die Bevölkerung einen Anspruch. Um das sicherzustellen müssen wir vor allem die personelle Ausstattung verbessern und bisherige temporäre Verstärkungen verstetigen. Außerdem müssen wir die Sanierung der JVA weiter vorantreiben und auch im Justizvollzugsdienst braucht es mehr Personal sowie eine Besoldung, die im Bundesländervergleich konkurrenzfähig ist. Unsere Justizvollzugsbeamten leisten eine überaus wichtige Arbeit – das haben sie verdient!“

Warum ist die Verknüpfung von Wissenschaft und Häfen so wichtig? Durch den Transfer der Wissenschaft kann der Hafen direkt profitieren. Ein Beispiel hierfür ist das Forschungsprojekt SHARC. Dort arbeitet die Hafengesellschaft bremenports unter anderem mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz und der Hochschule Bremen zusammen, um den Hafen perspektivisch klimaneutral zu machen.

Was würdest du nach der Legislaturperiode gerne über dich Lesen? Dass alle gesteckten Ziele erfolgreich umgesetzt wurden. ■

WIR STEHEN ZUSAMMEN MIT DER JÜDISCHEN GEMEINDE

Für Antisemitismus darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz geben

Der rechtsextreme Terroranschlag von Halle lässt uns alle fassungslos zurück, unser Mitgefühl und unsere Trauer gelten den Opfern und ihren Angehörigen, der Jüdischen Gemeinde gilt unsere aufrichtige Solidarität.

Nur einen Tag nach diesem entsetzlichen Anschlag besuchte unser Landesvorstand die Jüdische Gemeinde in Bremen. Der Termin war bereits lange geplant, erhielt jedoch durch das Attentat noch einmal eine besondere Bedeutung und Aktualität.

Ein mulmiges Gefühl kommt auf, wenn man vor der Synagoge in Bremen schwer bewaffnete Polizistinnen und Polizisten sieht. Es darf nicht sein, dass in Deutschland Synagogen gepanzerte Türen und Polizeischutz brauchen, und dennoch ist dies weiterhin traurige Notwendigkeit. Dass auch in Bremen immer wieder antisemitische Handlungen geschehen, ist nicht zu ertragen.

Eine ermutigende Erkenntnis des Besuchs ist, dass sich unsere Jüdische Gemeinde in Bremen gut aufgehoben fühlt, dass sie in der Bremer Polizei, in Bürgerschaft und Senat, in unserem Bürgermeister Andreas Bovenschulte und in der SPD Ansprech- und Bündnispartner sieht.

Der entschiedene Kampf gegen den Antisemitismus und anderes rechtsextremes Gedankengut allerdings muss nach dem Attentat von Halle umso entschlossener weitergeführt werden. Mit der AfD haben wir eine Partei in unseren Parlamenten, die offen rechtsextreme Positionen vertritt und auch Antisemitismus Raum bietet. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Partei und ihre Vertreter sich mit scheinheiligen Äußerungen aus der Verantwortung stehlen, stattdessen gilt es, sie als das zu benennen, was sie sind: Geistige Brandstifter und Hetzer, die unsere Gesellschaft auseinander treiben.

Alle demokratischen Kräfte in unserem Land müssen aufstehen und Antisemitismus in jeglicher Form klar entgegentreten. Das heißt auch und vielleicht zuallererst, dass wir Menschen zusammenbringen, miteinander sprechen, Interesse aneinander und am jeweiligen Leben haben und gemeinsam gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Es bedeutet für uns aber auch vor allem Eines: Wir stehen eng zusammen an der Seite der Jüdischen Gemeinde. Wir zeigen klare Kante gegen rechts, unabhängig davon, ob in Nadelstreifenanzügen hetzerische Parolen im Parlament verbreitet oder in Springerstiefeln Straftaten begangen werden. ■

FOTO: SPD LAND BREMEN

Sascha Karolin Aulepp (links) und weitere Mitglieder unseres Landesvorstands, mit Grigori Pantijelew, stv. Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Bremen (in der Mitte)

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Marieke Meinhart (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

ANZEIGE

INFO

Diese Abgeordneten sind künftig für folgende Stadtteile bzw. für Bremerhaven zuständig:

Blockland
Gönül Bredehorst

Blumenthal
Ute Reimers-Bruns

Borgfeld
Eva Quante-Brandt,
Antje Grotheer

Bremerhaven
Martin Günthner,
Holger Welt,
Janina Brünjes,
Jörg Zager

Burglesum
Kevin Lenkeit

Findorff
Gönül Bredehorst

Gröpelingen
Jasmina Heritani,
Muhammet Tokmak

Hemelingen
Arno Gottschalk,
Mustafa Güngör

Horn-Lehe
Eva Quante-Brandt,
Antje Grotheer

Huchting
Petra Krümpfer

Mitte
Sascha Aulepp

Neustadt
Birgitt Pfeiffer

Oberneuland
Eva Quante-Brandt,
Antje Grotheer

Obervieland
Volker Stahmann

Osterholz
Mustafa Güngör

Östliche Vorstadt
Carsten Sieling

Schwachhausen
Eva Quante-Brandt,
Antje Grotheer

Vahr
Mehmet Ali Seyrek
Valentina Tuchel

Vegesack
Elombo Bolayela

Walle
Falk Wagner

Woltmershausen
Anja Schiemann

Ein Aktionsplan soll gezielt die Schwierigkeiten angehen, vor denen Alleinerziehende stehen

ALLEINERZIEHENDEN HELFEN

Bürgerschaft fordert Senat auf, Aktionsplan zu erstellen, damit Alleinerziehende mehr Unterstützung erhalten

Alleinerziehende sollen in Bremen und Bremerhaven besser unterstützt werden. Dazu soll der Senat auf Initiative der rot-grün-roten Koalitionsfraktionen nun einen Aktionsplan erarbeiten. Dies hat die Bürgerschaft beschlossen.

Dieser Aktionsplan soll vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Arbeitsmarkt, Ausbildung und Bürokratieabbau bei Behördengängen ansetzen. So soll die Situation von Alleinerziehenden etwa bei Angeboten des Jobcenters und der Arbeitsagentur stärker berücksichtigt, spezielle Beratungsangebote ausgebaut und ein Arbeitsmarktprogramm aufgelegt werden.

„Wir wollen Alleinerziehenden aus der Armutsfalle helfen", erklärt Petra Krümpfer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion. „Und wenn wir mehr Angebote der Qualifizierung und Ausbildung sowie Arbeitsmöglichkeiten schaffen wollen, dann brauchen wir auch eine gute Kinderbetreuung."

Dafür sollten in dieser Legislaturperiode die Plätze in der Kinderbetreuung weiter massiv ausgebaut werden, betont Krümpfer. „Wir wollen 3.000 neue Plätze für Kinder im Krippen- und Elementarbereich in der Stadtgemeinde Bremen schaffen und hierbei auch wieder verstärkt in die Quartiere schauen, in denen die Versorgungsquote hinterher hängt." Angebote, von denen auch und insbesondere Alleinerziehende profitieren könnten und die im Aktionsplan vorgesehen seien, seien ein Modellprojekt für eine 24-Stunden-Kita und die Ausweitung der Kita-Randzeiten in möglichst einer Einrichtung pro Stadtteil. „So haben Alleinerziehende und Familien die Möglichkeit, bei der Arbeitsaufnahme auf entsprechende Arbeitsbedingungen einzugehen", so Krümpfer.

Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst, betont, dass der Aktionsplan auch aus gleichstellungspolitischer Sicht wichtig sei – denn etwa 90 Prozent der Alleinerziehenden seien Frauen. Bredehorst: „Der Aktionsplan geht auf die verschiedenen Lebensbereiche ein, die Frauen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben ermöglichen." ■

BREMEN SICHERT SICH EINFLUSS AUF HACHÉZ-GELÄNDE

Bürgerschaft beschließt Vorkaufsrecht für Areal in der Neustadt

Bremen hat sich ein Vorkaufsrecht beim Hachéz-Gelände in der Neustadt gesichert. Das hat die Stadtbürgerschaft beschlossen. Falk Wagner, Sprecher für Wohnen und Stadtentwicklung der SPD-Fraktion, begrüßt den Beschluss, da Bremen so direkten Einfluss auf die weitere Entwicklung dieses zentralen Areals nehmen könne.

Zugleich erinnert Wagner daran, dass aus einem traurigen Anlass über die weitere Entwicklung des Geländes diskutiert wird: Hachéz verlagert seine Produktion nach Polen. „Diese Entscheidung macht als Arbeitnehmer betroffen und als Bremer wütend", so Wagner. Die Debatte über die Zukunft des Geländes könne nicht beginnen ohne einen Dank – an Betriebsrat und Gewerkschaft für das Aushandeln eines Sozialplans und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für 127 Jahre Schokoladenproduktion in Bremen.

Nun gelte es jedoch, die weitere Entwicklung dieses hochgradig attraktiven Geländes in zentraler Lage von Bremens größtem Stadtteil zu begleiten. „Dies ist ein zentrales städtebauliches Projekt und für die Neustadt von enormer Wichtigkeit", so der Sozialdemokrat. „Es ist daher richtig, dass Bremen sich hier über ein Vorkaufsrecht die Möglichkeit verschafft, Einfluss auf die weitere Entwicklung zu nehmen, damit dort Gewerbe, Kultur und Wohnraum entstehen können."

„Uns ist besonders wichtig, dass auf dem Gelände bezahlbarer Wohnraum entsteht. Denn die Neustadt gehört zu den Gebieten in Bremen, in denen die Mieten in den vergangenen Jahren angezogen haben. Es ist daher besonders wichtig für die soziale Mischung dieses Stadtteils, dass hier günstige Wohnungen entstehen. Und durch die direkte Nachbarschaft zur Hochschule sollte auch und gerade günstiger Wohnraum für Studierende in den weiteren Überlegungen eine zentrale Rolle spielen. Deshalb sollten wir die Gewoba und das Studierendenwerk in die Planungen mit einbeziehen", sagt Wagner und fasst abschließend zusammen: „Es liegen wichtige Weichenstellungen für die Neustadt vor uns. Und mit dem Vorkaufsrecht stellen wir sicher, dass wir diese Weichen als Stadtgemeinde auch stellen können." ■

FOTO: DANIEL FR/ WIKIMEDIA

Durch ein Vorkaufsrecht sichert Bremen sich Einfluss auf das Hachéz-Gelände